

28.11.2012

## Kleine Anfrage 712

des Abgeordneten Dirk Schatz PIRATEN

### **Überblick über die von der Landesregierung initiierten bzw. geplanten Maßnahmen zur besseren Einbeziehung von ausländischen Roma in NRW – Nachfrage zur Drucksache 16/931**

Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Drs. 16/931 vom 19. November 2012 befriedigt nicht das mit der Kleinen Anfrage zum Ausdruck gebrachte Informationsinteresse des Fragestellers am Ausmaß der von der Landesregierung initiierten bzw. geplanten Maßnahmen zur besseren Einbeziehung von Roma in Nordrhein-Westfalen. Insbesondere wird die Landesregierung dem Informationsinteresse mit folgenden Antworten nicht gerecht:

*Antwort 1: „Die in Gründung befindlichen Kommunalen Integrationszentren kooperieren eng mit den Schulen und den weiteren Akteuren der Integrations-, Bildungs-, Familien- und Jugendarbeit.“*

*Antwort 2: „Zu dem hier angesprochenen Thema der vermehrten Zuwanderung aus den EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien mit einem teilweise hohen Anteil von Roma hat die Landesregierung als Grundlage für ihre eigenen Maßnahmen eine landesweite Abfrage durchgeführt, in der die Kommunen die Situation in ihrem jeweiligen Gebiet beschrieben haben“; „Mit einigen besonders durch Zuwanderung betroffenen Kommunen sind ressortübergreifende Gespräche zur Entwicklung von Problemlösungen geführt worden.“*

*Antwort 3: „Die meisten betroffenen Städte haben daher vor Ort fachübergreifende Arbeitsgruppen zur Entwicklung von lokalen Lösungen eingesetzt. Diese örtlichen Aktivitäten werden durch die Landesregierung unterstützt und ergänzt.“*

*Antwort 4: „Entsprechende Ansätze sind bereits in landesgeführten Projekten entwickelt und erprobt worden.“*

Aus diesen Gründen frage ich die Landesregierung:

1. Welche kommunalen Integrationszentren werden derzeit gegründet?

Datum des Originals: 27.11.2012/Ausgegeben: 28.11.2012

2. Welche Maßnahmen ergeben sich für die Landesregierung aus der landesweiten Abfrage der Kommunen zum Thema der vermehrten Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten?
3. Welche Problemlösungen wurden mit den betroffenen Kommunen erarbeitet (bitte einzeln nach Kommune auflisten)?
4. Welche örtlichen Arbeitsgruppen werden derzeit von der Landesregierung unterstützt und ergänzt?
5. In welchem Umfang (Art und Anzahl) wurde der Einsatz von muttersprachlichen Integrationslotsen, Kultur- und Sprachmittlern bereits entwickelt und erprobt?

Dirk Schatz